

Helen Küchler

Die Renaissance der Staatenbeschwerde

Potenzial und Gefahr der vermehrten Nutzung
des Art. 33 EMRK



Nomos

Schriften des Europa-Instituts der Universität
des Saarlandes – Rechtswissenschaft

Herausgegeben von

Professor Dr. Marc Bungenberg, LL.M.

Professor Dr. Thomas Giegerich, LL.M.

Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress

Professor Dr. Torsten Stein

Band 110

Helen Küchler

Die Renaissance der Staatenbeschwerde

Potenzial und Gefahr der vermehrten Nutzung
des Art. 33 EMRK



Nomos

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Saarbrücken, Universität des Saarlandes, Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-5806-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-9923-5 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Eltern

Präambel der EMRK, 5. Erwägungsgrund:

„entschlossen, als Regierungen europäischer Staaten,
die vom gleichen Geiste beseelt sind (...),
die ersten Schritte auf dem Wege zu einer
kollektiven Garantie gewisser in der Allgemeinen
Erklärung verkündeter Rechte zu unternehmen“

Art. 33 EMRK
Staatenbeschwerden

Jede Hohe Vertragspartei kann den Gerichtshof wegen jeder behaupteten Verletzung dieser Konvention und der Protokolle dazu durch eine andere Hohe Vertragspartei anrufen.

Art. 33 ECHR
Inter-State cases

Any High Contracting Party may refer to the Court any alleged breach of the provisions of the Convention and the Protocols thereto by another High Contracting Party.

Art. 33 CEDH
Affaires interétatiques

Toute Haute Partie contractante peut saisir la Cour de tout manquement aux dispositions de la Convention et de ses protocoles qu'elle croira pouvoir être imputé à une autre Haute Partie contractante.

*„governments (...) bear a similarity with foxes
guarding the chickens“*

Simma, ehemaliger Richter am IGH, in: CCAEL 4-2 (1993), S. 16.

Danksagung

Die vorliegende Dissertation entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Thomas Giegerich LL.M. für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht an der Universität des Saarlandes.

An erster Stelle gilt mein Dank meinem Doktorvater, Herrn Univ.-Prof. Dr. Thomas Giegerich LL.M., der die Idee zu der vorliegenden Arbeit hatte und mir während der Bearbeitungsphase stets mit wissenschaftlichen und methodischen Anregungen bei Seite stand. Auch meinem Zweitgutachter, Univ.-Prof. Dr. Stein, möchte ich für seine konstruktiven Denkanstöße herzlich danken.

Dem gesamten Lehrstuhlteam sowie dem Team des Europa-Instituts danke ich für die motivierenden fachlichen Gespräche und die angenehme Zusammenarbeit.

Besonderen Dank möchte ich schließlich Familie und Freunden aussprechen, die mich mit großem Engagement unterstützt haben. Insbesondere dem Mann an meiner Seite danke ich für sein großes Verständnis und den unermüdlichen Rückhalt während der gesamten Bearbeitungszeit.

Der größte Dank allerdings gebührt meinen Eltern, die unzählige Stunden in das Lektorat dieser umfangreichen Arbeit gesteckt haben. Der intensive Austausch mit ihnen hat wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Sie haben immer an mich geglaubt und mich in allem unterstützt. Ohne sie stünde ich heute nicht da, wo ich bin. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Hamburg, im Dezember 2019

Helen Küchler

Inhaltsübersicht

Abkürzungen	21
Einleitung	27
Kapitel 1: Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Art. 33 EMRK	33
A. Das ungenutzte Potenzial der Staatenbeschwerde	34
B. Die ‚klassischen‘ Staatenbeschwerden unter dem früheren dreigliedrigen System	42
C. Die ‚jüngsten‘ Staatenbeschwerden vor dem „New Single Court“	79
D. Kritische Zusammenfassung der historischen Entwicklung	147
Kapitel 2: Typisierung der Staatenbeschwerdeverfahren	155
A. Staatenbeschwerden zum Schutz des „ordre public européen“	159
B. Staatenbeschwerden zum Schutz konkreter Individuen	206
C. Staatenbeschwerden zum Schutz eigener politischer Interessen im Kontext bilateraler Konflikte	227
D. Analyse der Renaissance der Staatenbeschwerde anhand der Typisierung der jüngsten Verfahren	246
Kapitel 3: Besonderheiten des Staatenbeschwerdeverfahrens	302
A. Charakteristika des erga omnes-Verfahrens	303
B. Besonderheiten im Verfahrensablauf	330
C. Besonderheiten der Zulässigkeitsprüfung	341
D. Besonderheiten der Begründetheitsprüfung	370
E. Besonderheiten bei der Durchsetzung	471
F. Besonderheiten für Staatenbeschwerden zwischen EU- Mitgliedstaaten	511
G. Auswertender Überblick zu den Besonderheiten der Staaten- beschwerde	533

Inhaltsübersicht

Kapitel 4: Alternativen zur Staatenbeschwerde im Kampf gegen systemische Defizite bei der Umsetzung der Konvention	537
A. Alternativen innerhalb der bestehenden Strukturen	542
B. Alternativen außerhalb der bestehenden Strukturen	581
C. Ergebnis: Ergänzen statt Ersetzen	641
Kapitel 5: Die Renaissance der Staatenbeschwerde im Kontext der Entwicklungen des Konventionsrechts im Besonderen und des Völkerrechts im Allgemeinen	666
A. Resümee der bisherigen Arbeit	667
B. Die Renaissance der Staatenbeschwerde im Kontext der Konstitutionalisierung des Konventionssystems	671
C. Die Renaissance der Staatenbeschwerde im Kontext der Humanisierung des Völkerrechts	713
Thesen	739
Literaturverzeichnis	745
Appendix	775

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	21
Einleitung	27
Kapitel 1: Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Art. 33 EMRK	33
A. Das ungenutzte Potenzial der Staatenbeschwerde	34
I. Gründe für die seltene Nutzung des Verfahrens	35
II. Das Potenzial des Verfahrens	40
B. Die ‚klassischen‘ Staatenbeschwerden unter dem früheren dreigliedrigen System	42
I. Die zypriotische Unabhängigkeit	47
II. Der Südtirolkonflikt	51
III. Die griechische Militärdiktatur	53
IV. Der Nordirlandkonflikt	60
V. Der Zypernkonflikt	65
VI. Die türkische Junta	70
VII. Türkische Haftbedingungen	77
C. Die ‚jüngsten‘ Staatenbeschwerden vor dem „New Single Court“	79
I. Zypern v. Türkei IV	82
1. Die Sachentscheidung (2001)	85
2. Das Entschädigungsurteil (2014)	88
a) Zuständigkeit „ratione temporis“	90
b) Entschädigung nach Art. 41 EMRK	91
c) Durchsetzung des Sachurteils von 2001	94
3. Fazit	95
II. Georgien v. Russland	99
1. Die Spionageaffäre: Georgien v. Russland I	101
2. Der Kaukasuskrieg: Georgien v. Russland II	104
3. Inhaftierung Jugendlicher in Südossetien: Georgien v. Russland III	109
4. Fortdauernde Menschenrechtsverletzungen an der administrativen Grenze zu den abtrünnigen Provinzen: Georgien v. Russland IV	110

Inhaltsverzeichnis

5. Fazit	111
III. Ukraine v. Russland	114
1. Die Übernahme der Krim und die konsekutiven Entwicklungen in der Ostukraine: Ukraine v. Russland I	116
2. Entführungen dreier Kindergruppen: Ukraine v. Russland II	118
3. Misshandlung eines Krimtataren: Ukraine v. Russland III	120
4. Fortdauer der Menschenrechtsverletzungen: Ukraine v. Russland IV	121
5. Weitere Beschwerden betreffend die Krim und die Ostukraine: Ukraine v. Russland V und VI	122
6. Strafverfolgung von Ukrainern durch Russland: Ukraine v. Russland VII	123
7. Der Kertsch-Konflikt: Ukraine v. Russland VIII	124
9. Kontextualisierung der ukrainischen Staatenbeschwerdeverfahren	126
10. Die Strategie der Ukraine und mögliche Alternativen	135
IV. Irland v. UK: Der Wiederaufnahmeantrag	139
V. Slowenien v. Kroatien	143
D. Kritische Zusammenfassung der historischen Entwicklung	147
Kapitel 2: Typisierung der Staatenbeschwerdeverfahren	155
A. Staatenbeschwerden zum Schutz des „ordre public européen“	159
I. Eine kollektive Garantie der Konventionsrechte	160
II. Der Begriff des „ordre public européen“	166
1. Historisch-soziologische Auslegung	169
2. Objektiv-normative Auslegung	173
3. Abstrakter Vergleich mit einer ‚europäischen Verfassung‘	175
4. Inhaltsbestimmung des „ordre public européen“	177
5. Abschließende Bemerkungen zum „ordre public européen“	183
III. Nationale Verpflichtungen im Hinblick auf den „ordre public européen“	184
IV. Anwendungsbeispiele	186
1. Die beiden klassischen Anwendungsfälle mit Vorbildwirkung	191
a) Der „ordre public européen“ auf dem Prüfstand	191
b) Die staatliche Motivation hinter den Beschwerden	193

c) Verlauf und Erfolg dieser Verfahren	195
2. Einfluss des Gemeinwohlinteresses auf andere Verfahren	199
V. Zwischenfazit	202
B. Staatenbeschwerden zum Schutz konkreter Individuen	206
I. Verhältnis zu anderen politisch motivierten Beschwerden	207
II. „Prozessstandschaft“ für individualisierbare Opfer	209
III. Näheverhältnis zum Opfer	212
1. Die (irrelevante) Staatsangehörigkeit der konkreten Opfer	213
2. Minderheitenschutz	217
a) Ungenügender Minderheitenschutz in Europa	217
b) Die Staatenbeschwerde als ‚Lückenfüller‘	219
IV. Anwendungsbeispiele	220
V. Zwischenfazit	225
C. Staatenbeschwerden zum Schutz eigener politischer Interessen im Kontext bilateraler Konflikte	227
I. Dominantes politisches Eigeninteresse	229
II. Kontext bilateraler Konflikte	232
III. Anwendungsbeispiele	235
IV. Zwischenfazit	238
D. Analyse der Renaissance der Staatenbeschwerde anhand der Typisierung der jüngsten Verfahren	246
I. Zuordnung der aktuellen Fälle	247
1. Die vierte Beschwerde im Zypernkonflikt	248
2. Die aktuellen Beschwerden in Konflikten mit Russland	253
a) Georgische Staatenbeschwerden	256
aa) Die erste Staatenbeschwerde Georgiens	257
bb) Die zweite Staatenbeschwerde Georgiens	260
cc) Die dritte Staatenbeschwerde Georgiens	262
dd) Die vierte Staatenbeschwerde Georgiens	263
b) Ukrainische Staatenbeschwerden	263
aa) Abstrakte Staatenbeschwerden der Ukraine	264
bb) Individuell-konkrete Staatenbeschwerden der Ukraine	266
3. Die erste EU-interne Staatenbeschwerde (Slowenien v. Kroatien)	268

Inhaltsverzeichnis

4. Gemeinsamkeiten der jüngsten Staatenbeschwerdeverfahren	270
a) Der gemeinsame Kontext: Bewaffnete Konflikte um Teile des Hoheitsgebietes der Beschwerdeführer	270
b) Leichte Abwandlung des gemeinsamen Kontexts im Fall Slowenien v. Kroatien	275
c) Ausgewählte Beschwerdetypen und ihre Konsequenzen	276
5. Die Ausnahme: Der irische Wiederaufnahmeantrag	279
II. Phönix aus der Asche oder Ursachen für die Renaissance des Art. 33 EMRK	282
III. Nutzung der Renaissance des Art. 33 EMRK durch den EGMR zur Realisierung des „ordre public européen“	288
IV. Ausblick	292
Kapitel 3: Besonderheiten des Staatenbeschwerdeverfahrens	302
A. Charakteristika des erga omnes-Verfahrens	303
I. Objektives Beschwerderecht	304
1. Allgemeines	305
2. Beschränkungen der Reziprozität im Rahmen des Art. 33 EMRK	309
3. Fakultatives Beschwerderecht	314
II. Abstraktes Verfahren	315
1. Abstrakte Prüfung von Gesetzgebungsakten	317
2. Abstrakte Prüfung allgemeiner Verwaltungspraktiken	318
III. Die Staatenbeschwerde als geeignetes Instrument zur Bekämpfung von systemischen Defiziten bei der Umsetzung der Konvention	322
B. Besonderheiten im Verfahrensablauf	330
I. Die Anfangsphase: Weiterleitung an den Beschwerdegegner	331
II. Das für die Entscheidung über die Staatenbeschwerde zuständige Organ	332
III. Gesonderte Verfahren der Zulässigkeit und Begründetheit	335
IV. Prozessuale Mitwirkungspflichten der beteiligten Staaten	337
V. Abschluss des Verfahrens	340
C. Besonderheiten der Zulässigkeitsprüfung	341
I. Allgemeine Privilegierung	342
II. Darlegungs- und Beweislast des Beschwerdeführers	344

III. Übertragbarkeit der Zulässigkeitsvoraussetzungen aus Art. 35 EMRK auf das Staatenbeschwerdeverfahren	346
1. Die prozessualen Zulässigkeitsvoraussetzungen des Abs. 1	347
a) Rechtswegerschöpfung	347
b) Sechsmonatsfrist	353
c) Zwischenfazit	355
2. Zusätzliche negative Zulässigkeitsvoraussetzungen aus den Abs. 2 und 3	355
a) Der Grundsatz „res iudicata“	357
b) Unvereinbarkeit mit der Konvention	360
aa) Ratione personae	361
bb) Ratione materiae	361
cc) Ratione temporis	363
dd) Ratione loci	364
c) Offensichtlich unbegründete Beschwerden	365
d) Missbräuchliche Beschwerden	367
3. Fazit	369
D. Besonderheiten der Begründetheitsprüfung	370
I. Zurechnungsprobleme im Staatenbeschwerdeverfahren	372
II. Notstände und Staatenbeschwerdeverfahren	383
III. Konkurrenzprobleme in Staatenbeschwerdeverfahren	402
1. Humanitäres Völkerrecht	406
a) Überschneidungen mit dem Konventionsrecht	408
b) Relevante Regelungen des humanitären Völkerrechts	411
c) Verhältnis zum Konventionsrecht	414
2. Sonstiges Völkerrecht	423
a) Ius ad bellum	424
b) Völkervertragsrecht	426
c) Völkerstrafrecht	428
aa) Zypernkonflikt	431
bb) Kaukasuskrieg	433
cc) Ukraine Krise	435
d) Allgemeines Völkerrecht	437
aa) Staatenverantwortlichkeit	438
bb) „Acquiescence“ bei Verletzungen der territorialen Integrität	443
3. Fazit	444

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Rolle des Art. 41 EMRK im Staatenbeschwerdeverfahren	449
1. Der Meinungsstreit um die Anwendbarkeit des Art. 41 EMRK	450
2. Die in <i>Zypern v. Türkei IV (2014)</i> entwickelten Kriterien für die Anwendung des Art. 41 EMRK auf das Staatenbeschwerdeverfahren	455
a) Grundsätzliche Übertragbarkeit	456
b) Begrenzung auf bestimmte Staatenbeschwerdetypen	459
3. Ausgestaltung der Entschädigung als Wiedergutmachung und nicht als Strafe	461
4. Begünstigte der Entschädigungszahlungen	467
E. Besonderheiten bei der Durchsetzung	471
I. Die Rolle des EGMR bei der Durchsetzung seiner Urteile: Das obiter dictum in <i>Zypern v. Türkei IV (2014)</i> – ultra vires oder der „Beginn einer neuen Ära“?	474
II. Die Durchsetzung von endgültigen Entscheidungen	483
1. Staatenspezifische Umsetzungsprobleme mit Relevanz für die jüngsten Verfahren	485
2. Die überwiegend gelungene Durchsetzung von Entscheidungen aus früheren Verfahren	490
III. Die Durchsetzung von vorläufigen Maßnahmen	495
IV. Fazit: Politischer Druck führt in den meisten Fällen zum Erfolg	505
F. Besonderheiten für Staatenbeschwerden zwischen EU-Mitgliedstaaten	511
I. Unklare aktuelle Rechtslage und ihre Bedeutung für <i>Slowenien v. Kroatien</i>	512
II. Gutachten 2/13: Die Unvereinbarkeit des Art. 33 EMRK mit Unionsrecht nach dem Beitritt der Union zur EMRK	516
1. Der Grundsatz gegenseitigen Vertrauens	517
2. Vorrang EU-interner Streitbeilegungsmechanismen nach Art. 344 AEUV	522
3. Fazit	526
III. Vergleich der Vertragsverletzungsverfahren nach Konventions- und Unionsrecht	528
G. Auswertender Überblick zu den Besonderheiten der Staatenbeschwerde	533

Kapitel 4: Alternativen zur Staatenbeschwerde im Kampf gegen systemische Defizite bei der Umsetzung der Konvention	537
A. Alternativen innerhalb der bestehenden Strukturen	542
I. Alternative Rolle der Staaten: „Amicus curiae“ statt Beschwerdeführer	543
1. Art. 48 lit. b EMRK a.F.: Die versteckte Staatenbeschwerde	544
2. Art. 36 EMRK n.F.: Intervention über Drittbeteiligung	548
II. Durch den EGMR entwickelte Alternativen	551
1. Das Piloturteilsverfahren	554
2. Anordnung konkreter Abhilfemaßnahmen: „general measures“	563
3. Beschleunigtes Verfahren: „Well established case-law procedure“	569
4. Die „Priority Policy“	571
5. Potenzielle Gutachtentätigkeit	575
III. Fazit	577
B. Alternativen außerhalb der bestehenden Strukturen	581
I. Veränderungen des Art. 33 EMRK: Ersatz der Staaten als Beschwerdeführer	583
1. Organe des Europarates als potenzielle Beschwerdeführer	584
2. NGOs als mögliche Beschwerdeführer unter Art. 33 EMRK	590
a) Bestehende Einflussmöglichkeiten der NGOs auf Verfahren vor dem EGMR	594
aa) NGOs als Beschwerdeführer unter den einschränkenden Bedingungen des Art. 34 EMRK	595
bb) NGOs als „Amicus curiae“ nach Art. 36 Abs. 2 EMRK	600
cc) Informelle Einflussnahme der NGOs	605
dd) Zwischenfazit	607
b) Erfahrungen mit NGOs als Beschwerdeführern vor dem UN-Menschenrechtsrat	610
c) Übertragung der Erfahrungen mit NGOs auf Ebene der UN auf das Konventionssystem	617
II. Reformmöglichkeiten über Art. 33 EMRK hinaus	633
III. Fazit	640

Inhaltsverzeichnis

C. Ergebnis: Ergänzen statt Ersetzen	641
I. Präventive Maßnahmen	645
II. Logistische Maßnahmen	649
III. Politische Maßnahmen	655
IV. Schlussfolgerungen	662
Kapitel 5: Die Renaissance der Staatenbeschwerde im Kontext der Entwicklungen des Konventionsrechts im Besonderen und des Völkerrechts im Allgemeinen	666
A. Resümee der bisherigen Arbeit	667
B. Die Renaissance der Staatenbeschwerde im Kontext der Konstitutionalisierung des Konventionssystems	671
I. Die These von einer Konstitutionalisierung des Konventionsrechts	672
1. Im Namen der „individual justice“ gegen eine Konstitutionalisierung	676
2. Verfechter der „constitutional justice“	680
3. Realisierung des Konzepts der Konstitutionalisierung	687
II. Be- oder widerlegt die Renaissance der Staatenbeschwerde die Konstitutionalisierungsthese?	695
1. Positionierung der Staaten zur Konstitutionalisierung	697
2. Positionierung des EGMR zur Konstitutionalisierung	703
III. Das Potenzial eines zukünftigen Zusammenspiels zwischen Konstitutionalisierung und Staatenbeschwerde	707
1. Nutzung der Renaissance der Staatenbeschwerde zur Unterstützung des Konstitutionalisierungsprozesses	708
2. Nutzung der Konstitutionalisierung des Konventionssystems zur Stärkung des Staatenbeschwerdeverfahrens	711
C. Die Renaissance der Staatenbeschwerde im Kontext der Humanisierung des Völkerrechts	713
I. Die These von der Überwindung des zwischenstaatlichen Koordinationsrechts	715
II. Be- oder widerlegt die Renaissance der Staatenbeschwerde eine Humanisierung des Völkerrechts?	720
1. Theoretische Bedeutung der Staatenbeschwerde für das Völkerrecht	721

2. Praktischer Einfluss der Renaissance der Staatenbeschwerde auf die Entwicklung des Völkerrechts	725
a) Aktueller Nutzen der Renaissance des Art. 33 EMRK für die Humanisierung der Völkerrechtsordnung	726
aa) Die durch die vermehrte Nutzung des Art. 33 EMRK zum Ausdruck kommende Positionierung der Staaten zu den aktuellen Entwicklungen des Völkerrechts	726
bb) Die über die vermehrten Staatenbeschwerdeverfahren ausgeübte Einflussnahme des EGMR auf die aktuelle Entwicklung des Völkerrechts	730
b) Potenzieller Nutzen der Renaissance des Art. 33 EMRK für das moderne Völkerrecht	734
 Thesen	 739
 Literaturverzeichnis	 745
 Appendix	 775

Abkürzungen¹

Ableu	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AfrMRK	Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker v. 27.6.1981 (deutsche Übersetzung in EuGRZ 1986, 677)
AfrKMR	Afrikanische Kommission für Menschenrechte
AfrGMR	Afrikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
AJIL	American Journal of International Law
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention (deutsche Über- setzung in EuGRZ 1980, 435)
AnwBl	Anwaltsblatt
Arch. phil. droit	Archives de philosophie du droit
Art.	Artikel
AVR	Archiv des Völkerrechts
Begr.	Begründer
BIT	Bilateral Investment Treaty
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag
BYBIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise
CCAEL	Collected Courses of the Academy of European Law
CDDH	Steering Committee for Human Rights/ Lenkungsausschuss für Menschenrechte
CERD	International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination/ Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung v. 21.12.1965
CESCR	Committee on Economic, Social and Cultural Rights/ UN-Aus- schuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CIJ	Cour internationale de la justice/ siehe IGH
CJICL	Cambridge journal of international and comparative law
CML Rev.	Common Market Law Review

¹ Im Übrigen siehe *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache.

Abkürzungen

CMP	Committee of Missing Persons in Cyprus
CPT	Committee for the Prevention of Torture/ Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
CYELS	Cambridge Yearbook of European legal studies
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe/ dieselben
Diss.	Dissertation
ebd.	ebenda
ECOSOC	Economic and Social Council/ Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHRLR	European Human Rights Law Review
EJIL	European Journal of International Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950 (BGBl. 1952 II, S. 686)
engl.	englisch
ESC	European Social Charter/ Europäische Sozialcharta (des Europarats) v. 18.10.1961 (BGBl. II 1964, 1262)
et al.	et alii
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitung
EuR	Zeitschrift Europarecht
Eur. L.J.	European Law Journal
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
FS	Festschrift/ Liber Amicorum/ Mélanges
GAin	Generalanwältin
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GRCh	Grundrechtecharta der Europäischen Union
HbMR	Handbuch der Menschenrechtsarbeit
HHRJ	Harvard Human Rights Journal
h.M.	herrschende Meinung

HRB	Human Rights Brief
HRBrief	Human Rights Brief Blog (http://hrbrief.org/)
HRC	Human Rights Council/ Menschenrechtsrat
HREU	Handbuch des Rechtsschutzes in der Europäischen Union
HRLJ	Human Rights Law Journal
HRLR	Human Rights Law Review
HRQ	Human Rights Quarterly
Hrsg.	Herausgeber
Ibid.	ibidem
IAGMR	Inter-Amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
IAMRK	Inter-Amerikanische Kommission für Menschenrechte
ICJ	International Court of Justice/ siehe IGH
ICRC	International Committee of the Red Cross
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia/ Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IGH	Internationale Gerichtshof
IGH-Statut	Statut des internationalen Gerichtshofs
IIFMCG	Independent International Fact-Finding Mission on the Conflict in Georgia
IJGLS	Indiana Journal of Global Studies
IJHR	International Journal of Human Rights
IJHRL	Interdisciplinary Journal of Human Rights Law
ILC	International Law Commission
insb.	insbesondere
IPBPR	Internationale Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte v. 19.12.1966
IPWSR	Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966
IRA	Irish Republican Army/ Irisch-Republikanische Armee
IS	Islamischer Staat
i.S.d./ i.S.v.	im Sinne des/ im Sinne von
IStGH	Internationalen Strafgerichtshof
IStGH-Statut	Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs v. 17.7.1998
i.V.m.	in Verbindung mit
IYIL	Irish Yearbook of International law
JiC	Justice in Conflict
JuWiss	Junge Wissenschaft im öffentlichen Recht
Kap.	Kapitel
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender
lit.	littera
LJIL	Leiden Journal of International Law
LPICT	The Law and Practice of International Courts and Tribunals
LTO	Legal Tribune Online
MK	Ministerkomitee

Abkürzungen

MPI	Max-Planck-Institut
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization/ Nordatlantikpakt
n.F.	neue/ aktuelle Fassung
NGO	Non-governmental Organization/ Nichtregierungsorganisation
NHRI	National Human Rights Institutions
NJW	Neue juristische Wochenzeitschrift
NQHR	Netherlands Quarterly of Human Rights
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZZ	Neue Züricher Zeitung
o.Ä.	oder Ähnliches
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parliamentary Assembly of the Council of Europe/ Parlamentarische Versammlung des Europarats, früher: beratende Versammlung
PCA	Permanent Court of Arbitration/ Ständiger Schiedsgerichtshof in Den Haag
P.L.	Public Law
Rep.	Reports
RGDIP	Revue générale de droit international public
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
SRJI	Russian Justice Initiative
s.u.	siehe unten
TRNZ	Türkische Republik Nordzypren
u.a.	unter anderem, und andere(s)
UBJIL	University of Baltimore Journal of International Law
UJIEL	Utrecht Journal of International and European Law
UK	Vereinigtes Königreich
UN	United Nations/ Vereinte Nationen
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen v. 26.6.1945
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law/ Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea/ Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia/ UN-Beobachtermission in Georgien
UT Fac L Rev	University of Toronto Faculty of Law Review
v.	von

verb. Rs.	verbundene Rechtssachen
Verf.	Verfasser(in)
VerfBlog	Verfassungsblog
VerfO	Verfahrensordnung des EGMR v. 4.11.1998 (Règlement de la Cour, Rules of Court) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.5.2002 (BGBl. II S. 1081), mit späteren Änderungen
Vers.	Version
VN	Vereinte Nationen
WECL	Well-established case-law (procedure)
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YJIL	The Yale Journal of International Law
YJWPO	The Yale Journal of World Public Order
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
zit.	zitiert
ZP	Zusatzprotokoll
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

